

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer.
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste.

Ein Wort zur Hauszinssteuer

Zwar sind die Zeiten nicht zum Scherzen angetan, aber dennoch, wenn man sieht und hört, was täglich um uns her vorgeht, fällt einem der Witz von dem kleinen Max ein, der sein Schwesterchen prügelt und auf die Vorhaltungen der Eltern erwidert: „Wenn ich meine Schwester nicht hauen darf, pfeif ich aufs ganze Familienleben.“ So, gerade so benehmen sich unsere Besitzenden. Sie wollen Deutschland retten. Wie machen sie das? Indem sie neue und immer neue Lasten auf die Besitzlosen wälzen, sich selbst aber davon ausnehmen. Man braucht nur daran zu denken, daß an den hohen und höchsten Pensionen, die der Staat zahlt, nicht gerüttelt wird, weil das angeblich die Verfassung verbietet, während die Löhne fort und fort gekürzt werden und neuerdings sogar rechtsgültig geschlossene Verträge kraft Notverordnung aufgehoben werden können. Erst kürzlich wieder hat die „Welt am Montag“, ein bürgerliches Blatt, eine Liste veröffentlicht, laut welcher immer noch eine ganze Menge ehemaliger kaiserlicher Minister, Generäle und dergleichen Jahrespensionen von 17 000 bis 24 000 M bekommen. Ihnen reiht sich auch eine stattliche Zahl abgehalfterter hoher Beamter der Republik an mit Jahrespensionen zwischen 13 000 und 30 000 M. Und darunter sind auch solche, die außer ihrer Pension noch andere sehr hohe Einkünfte haben. Also Doppelverdiener im eigentlichen Sinn. Gar nicht zu reden von den Millionenabfindungen und Renten der Fürsten, Standesherrn usw.

Doch wie wir schon öfter betonten, es hat keinen Sinn, sich zu entrüsten, zu schimpfen, die Faust in der Tasche zu ballen; man muß verstehen. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Zustände, auch diese gehässigen und verbitternden Einzelfälle, untrennbar mit dem Kapitalismus zusammenhängen und daß es deshalb wenig Zweck hat, sich über die Einzelfälle aufzuregen und gegen sie anzugehen. Im günstigsten Fall kann man erreichen, daß hier und da ein besonders aufreizender Mißstand ausgeräumt wird, während tausend andere bleiben. Der Kapitalismus muß stürzen, dann hören solche Mißstände auf, eher nicht.

Da ist eben jetzt eine besonders krasse Sache geschehen. Als man vor Jahren die Hauszinssteuer schuf, tat man es in der ausgesprochenen Absicht, dem Hausbesitzer einen Teil der unberechtigten Bereicherung wegzunehmen, die ihm aus der Inflation zugeflossen war. Durch die Entwertung des Geldes waren die Hausbesitzer für ein paar Butterbrote ihre Schulden losgeworden. Es kam die Zeit, wo man ganze Hypotheken mit einer Briefmarke — wirklicher Wert 10 oder 20 Pf. — ablösen konnte. Als die Inflation vorbei war, stand der Hausbesitzer, wie übrigens auch die Landwirtschaft, schuldenfrei da, während die entsetzlichste Wohnungsnot sich breitmachte. Durch die Hauszinssteuer sollten die Hausbesitzer einen Teil dieses Rebbachs hergeben, um dafür neue Wohnungen zu bauen. Dabei eröffnete sich zugleich eine Möglichkeit, den Ärmsten der Armen die Wohnungsmiete zu verbilligen. Man erließ ihnen die Hauszinssteuer ganz oder teilweise.

Wie sich von selbst versteht, lief der Hausbesitzer Sturm gegen diese Abgabe. Und wie sich ebenfalls von selbst versteht, hat er damit Erfolg gehabt, wenn auch nicht sofort, so doch auf die Dauer. Es ist ja richtig, daß die Erträge dieser Steuer längst nicht im vollen Umfang für den Wohnungsbau verwandt wurden. Aber dann hatte doch das Reich davon eine erhebliche Einnahme, die selbst im letzten Jahr — nach großen Einschränkungen, weil immer mehr Leute verarmten, so daß sie von der Hauszinssteuer befreit werden mußten — immer noch auf 1200 Millionen M veranschlagt wurde.

Ausgerechnet nun in der gegenwärtigen Zeit, wo das Reich so furchtbar an Geldmangel leidet, wo die fortwährenden Lohnkürzungen wesentlich mit dem Geldmangel des Reiches begründet werden, ausgerechnet in dieser Zeit wird den Hausbesitzern ein Teil jener Steuern erlassen. Den Hausbesitzern, aber nicht den Mietern! Monatlang gingen die öffentlichen Erörterungen, ob und wie man mit der Ermäßigung der Hauszinssteuer eine Ermäßigung der Mieten verbinden könne. Jetzt ordnet die Oktober-Notverordnung kurzerhand die Senkung der Hauszinssteuer um 20 vH an, aber von einer Ermäßigung der Mieten sagt sie kein Wort. Und da sie das nicht tut, so bringt sie gerade für die Ärmsten der Armen eine Mietssteigerung. Nämlich für alle, die auf Grund ihrer jämmerlichen Lage von der Hauszinssteuer befreit sind.

Nimm an, eine Wohnung kostet monatlich 60 M Miete. Davon seien 25 M Hauszinssteuer. Dem Mieter geht es so schlecht, daß ihm die Steuer erlassen ist, er zahlt also nur 35 M. Jetzt wird die Steuer um 20 vH ermäßigt, sie macht nur noch 20 M im Monat aus. Der Mietspreis von 60 M setzt sich, ab 1. April 1932, zusammen aus 40 M Miete und 20 M Steuer. Erlassen ist dem Mieter nur die Steuer, und er hat folglich von da ab jeden Monat 5 M mehr zu zahlen!

Schon ist die bürgerliche Presse bei der Hand mit einem Gerede über „Schönheitsfehler“; man habe das bei Ausarbeitung der Notverordnung „nicht genügend

überlegt“ usw. Das ist alles dummes Zeug. Denn seit neun Monaten sind diese Dinge in allen Zeitungen und Zeitschriften breit und lang erörtert worden, und dabei hat man oft genug auf diese Gefahr hingewiesen. Nein, die Erklärung liegt in dem Witz vom kleinen Max: wenn ich meine Schwester nicht prügeln darf, pfeif ich aufs Familienleben. Ins Große übersetzt: wenn ich die Armen und Arbeitenden nicht belasten darf, pfeif ich auf die ganze Wirtschaft. Die Wirtschaft, die gerettet werden soll, ist die kapitalistische Wirtschaft, das heißt die Wirtschaft, die auf dem Privateigentum der Besitzenden beruht. Sie besteht darin, daß die Besitzenden

ihr Kapital zur Produktion verwenden. Dazu müssen sie Besitz haben, er muß ihnen gesichert sein und muß wachsen. Nur indem ihr Besitz Arbeiter beschäftigt, kann — nach der Meinung derer, die bei uns herrschen und regieren — die Wirtschaft überhaupt betrieben werden. In diesen schweren Zeiten, wo alles in Frage gestellt ist, erscheint es deshalb doppelt notwendig, daß der Privatbesitz erhalten und gesichert wird. Und das geht gar nicht anders, als indem man aus den Besitzlosen, den Arbeitenden, immer mehr und immer mehr herausholt. Deshalb ist es kein Zufall, daß alle Maßnahmen zur „Rettung“ Deutschlands stets auf die eine oder andere Weise in einer neuen Belastung der Arbeitenden bestehen. Einmal ist es Lohnkürzung, ein andermal Mietssteigerung, dann wieder Verteuerung des Lebensunterhalts usw. Keinesfalls dürfen wir uns einbilden, das werde bald aufhören. Ibykus.

Zu was dient der Wirtschaftsbeirat?

Als im Februar dieses Jahres im Reichstag der Etat beraten wurde, war man füglich erstaunt, daß die Regierung über das brennendste Problem, über die Arbeitslosigkeit, nichts Heilsames zu sagen wußte. Darüber befragt, wurde von der Regierungsseite geantwortet, daß eine Kommission eingesetzt sei, die das Problem beraten und Besserungsvorschläge machen solle. Wir bekamen die Brauns-Kommission. Was sie zustandebrachte, weiß alle Welt: einen Haufen Makulatur. Somit ist die ganze Kommission für die Katz gewesen? Nicht doch. Sie sollte die Regierung über eine Verlegenheit hinwegbringen, und das ist mit ihr auch leidlich gelungen.

Bei der jüngsten Tagung des Reichstags war die Regierung in fast derselben Verlegenheit. Seit Wochen, so hatte ihre Presse verkündet, beschäftige sie sich mit den großen wirtschaftlichen Problemen. Die Hoffnung, daß die Regierung dem Reichstage etwas über den Stand dieser ihrer Beschäftigung und über beabsichtigte Maßnahmen mitteile, war vergeblich. Statt dessen tat der Herr Reichskanzler kund und zu wissen, daß ein Wirtschaftsbeirat eingesetzt werde, der die Regierung beraten solle. Der Herr Reichspräsident werde persönlich diesem Beirat vorsitzen. Wenn sogar das greise Staatsoberhaupt bemüht wurde, so konnte man nicht mehr an dem Ernst der Regierung zweifeln, nun endlich die Wirtschaftsprobleme zu einer Lösung zu bringen. Das Wie kann man leicht vermuten.

Eine Neuaufgabe der Brauns-Kommission ist der nun gebildete Wirtschaftsbeirat bestimmt nicht. Schon seine Zusammensetzung läßt das erkennen. Unter seinen 25 Mitgliedern befinden sich neben 6 Gewerkschaftsvertretern 19 Vertreter der Industrie, der Finanz, der Großlandwirtschaft und des Handels. Die Interessentenhäufen sind also gut vertreten. Neben einigen völlig unbekanntem Interessenten findet man den Schwerindustriellen Vögler, den Inflations-Reichskanzler Dr. Cuno, dann Dr. Borsig von den Arbeitgeberverbänden, Dr. Schmitz von der I. G. Farben und noch mehr Geschäftsleute gleichen Kalibers.

Dieser Wirtschaftsbeirat soll die Unterlage für praktische Entscheidungen liefern. Man hätte meinen sollen, daß die Regierung für diese Aufgabe auch wirklich unabhängige Sachverständige, die über den Belangen der Interessentenhäufen das Ganze der Wirtschaft nicht vergessen, berufen hätte. Solche Sachverständige hat jedoch die Regierung nicht berufen. Sie

weiß natürlich warum, und wir ändern wissen es ebenfalls. So kann man heute schon voraussagen, wessen Zwecken der Wirtschaftsbeirat dient und was er von sich geben wird. Er wird ein wenig über Preissenkung und Kartellkontrolle streiten, seine Mehrheit aber wird sich schließlich und bestimmt für Lohnsenkung, Aushöhlung des Tarifrechts und ähnliches entscheiden. Wer daran zweifelt, der braucht nur zu lesen, was die Kölnische Zeitung über die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates schreibt.

„Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates werden ihren Höhepunkt in den Tagen erreichen, an denen über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten erster Verständigungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge eingebaut werden können. Fehlt es aber an dieser ersten Verständigungsbereitschaft, so werden sich aus den Beratungen des Beirats Schwierigkeiten für die Tarifverhandlungen und umgekehrt aus den Gegensätzen und in den Tarifverhandlungen Hindernisse für eine Einigung im Beirat ergeben.“

Was das rheinische schwerindustrielle Blatt da sagt, ist die Meinung des Unternehmertums, nämlich es sieht in dem Wirtschaftsbeirat eine probate Gelegenheit, den Lohnabbau und die Aushöhlung des Tarifrechts im großen zu betreiben. Aber die Regierung? Hat sie nicht erklärt, daß an dem Tarifrecht nicht gerüttelt werden dürfe? Hat sie sich nicht wiederholt für Preissenkung, Kartellkontrolle und ähnliches ausgesprochen? Freilich hat sie das. Aber sie hat ja nun einen Wirtschaftsbeirat berufen, der Unterlagen für ihre praktischen Maßnahmen schaffen soll. Der wird Unterlagen schaffen, die sich gewaschen haben, und die hohe Obrigkeit wird daraufhin tun, was sie immer getan hat, wenn Allgemeininteresse und kapitalistische Interessen zur Entscheidung standen —

Die Kapitalistenklasse hat keine andere Botschaft mehr als den Lohnabbau! Was immer sie tut, welche Winkelzüge sie immer wählt, welche Körperschaften sie immer andreht oder andrehen läßt, alles dient ihr nur dazu, die Tasche der arbeitenden Schichten zu leeren, damit sie, die Kapitalistenklasse, ihr Drohendasein weiterfristen kann.

Verstärkung durch Vereinigung

Die folgenden ebenso zeitgemäßen wie beherzigenswerten Ausführungen stammen von einem bekannten Kollegen. Schriftleitung.

Was auch in der Wirtschaft, in der Politik wird, eines kann man bestimmt voraussehen: alle Umwälzungen, alle Einschränkungen, alle Reparations- und Steuerlasten werden in erster Linie den Arbeitern, Angestellten und Beamten auferlegt. Sie sind sich so ziemlich einig, alle diejenigen, denen die politischen und sozialpolitischen Rechte der Arbeiter ein Dorn im Auge sind: alle Lasten müssen den „reichen“ Arbeitern zugeschoben werden.

Die Phrase von der Heilung der Wirtschaft durch Lohnsenkung grassiert weiter im Unternehmerlager, in der Presse, bei den Agrariern, sogar bei der Wissenschaft. Der eine redet es dem anderen nach. Jeder will zeigen, daß er auf der „Höhe der Zeit“ steht, der Zeit, die die Arbeiter auf die Tiefe des Kulis herabdrücken möchte. Die andere Seite der Phrase von der Lohnsenkung ist die Phrase von der Kapitalbildung, besonders für — Millionäre. Wieviel Unheil diese beiden Phrasen auch schon angerichtet haben, wieviel Wirtschaftszerstörung, Arbeitslosigkeit sie auch schon hervorgerufen, sie herrschen weiter in einer Atmosphäre, die von Ideen und Gedanken entblößt ist und nur noch ein Ziel kennt: die Ärmsten der Armen wieder zu Parias zu machen. Der Lohn der deutschen Arbeiter soll auf den Lohn des Tschechen, des Polen, wenn möglich des Kulis herabgedrückt werden. Aber der Getreidepreis soll für den ostelbischen Agrarier auf das Drei- und Vierfache des Weltmarktpreises gehalten oder getrieben werden. Dabei leben wir schon in einem Staat der Dreivierteldiktatur. Brüning und Stegerwald, die ja in den christlichen Arbeiterkreisen noch einigen Anhang haben, sollen den Lohn noch um 20 vH kürzen, sollen die Arbeitszeit verlängern, dann ist ihre Mission auf dem Wege der Reaktion erfüllt. Dann halten sich die anderen bereit, uns unsere poli-

tischen, unsere sozialpolitischen Errungenschaften vollends wegzunehmen. Wenn der Lohn zum Kulilohn herabsinkt, braucht dieser Kuli auch keine politischen oder sozialpolitischen Rechte mehr...

Ist das alles übertrieben? Hat jemand den Mut, zu behaupten, die Rachegefühle derjenigen, die Ende 1918 im Heldenkeller saßen, seien weniger weitgehend, weniger gefährlich, weniger antidemokratisch? Ob sie ihr Ziel erreichen, wer will es heute sagen? Sie haben schon viel mehr erreicht, als vor einem, vor zwei Jahren auch Pessimisten glaubten.

Welche Antwort haben wir auf alle diese Anschläge? Sollen wir warten, bis man uns das Fell ganz über die Ohren gezogen hat? Sollen wir leichtsinnig glauben: es wird ja nicht so schlimm? In dem Klassenkampf, in dem wir uns befinden, behält die Arbeiterschaft nur das, was sie sich mit Klauen und Zähnen erhalten oder wiedererobern kann. All die guten Leute, die mal für Sozialpolitik, für soziale Gesinnung mehr oder minder laut geschwärmt haben, schweigen, haben sich in die Reaktion geflüchtet oder sind stumm geworden. Die Arbeiterschaft ist allein auf sich gestellt. Geholfen wird ihr nur insoweit, als sie sich selbst hilft.

Was kann geschehen? Für den direkten Angriff ist die Zeit wenig geeignet. Lohnkämpfe sind zur Zeit nicht sehr aussichtsvoll. Wir haben da mehr abzuwehren als

Aus dem Inhalt

Ein Wort zur Hauszinssteuer — Zu was dient der Wirtschaftsbeirat? — Verstärkung durch Vereinigung	Seite 313
Um den Tarifvertrag — Klassenkampf der Schwerverdiener	314
Die Zeit der Fruchtbarkeit — Das Leben der Marie Szaameit	315
Arbeitslos — Zeitgemäße Erinnerungen — Vom Vorstand	316
Das Stratosphärenflugzeug fliegt — Thomas Edison † — Wenn wir keinen Empfang haben	317
Die Senkung der Hauszinssteuer — Karenzzeit bei Entlassungen nach § 123 der Gewerbeordnung — Schriftenschau	318

Um den Tarifvertrag

anzugreifen. Auf einem Gebiet aber haben wir die Hände frei, nämlich in der Verstärkung der eigenen Kampffront der Arbeiter.

Ist nicht die Zeit gekommen, in der wir dringender als je fragen müssen: können wir uns noch den Luxus leisten, daß es drei, vier verschiedene Gruppen in der Arbeiterbewegung gibt? Ist nicht die Einheit der Arbeiterbewegung das erste und wichtigste Gebiet der Selbsthilfe zur Abwehr der Reaktion in Wirtschaft und Politik? Ob wir einig sein wollen, darüber entscheiden wir allein, brauchen wir weder Hitler noch Hugenberg, noch Moskau zu fragen. Ob es in der Vergangenheit unvermeidlich war, daß es eine Reihe von Gewerkschaftsrichtungen gab, kann dahingestellt bleiben. Jetzt liegt kein verständiger Grund mehr dafür vor, daß sich eine Gruppe der Arbeiter gegen die andere ausspielen läßt. Die gewerkschaftliche Arbeit hat in jahrzehntelangen Kämpfen zu einer starken inneren und äußeren Annäherung der drei hauptsächlichsten Gewerkschaftsgruppen geführt. Ernsthaftige gewerkschaftliche Gegensätze sind nicht mehr vorhanden. Und wo schwerfällige Naturen die alten Kämpfe nicht vergessen können, weil sie nicht zulernen können, da bläut der Gegner, der gemeinsame Feind aller Gewerkschaftsbewegung, den Zwang zur Solidarität ein.

Wollen wir warten, bis wir gar keinen Lohn mehr erhalten, ehe wir uns alle zusammenfinden? Wollen wir warten, bis wir wieder mit Fußtritten entlohnt, mit Prügeln entschädigt werden?

Es hat eine neue Zeit begonnen. Vergessen wir das Alte, das Vergangene. Blicken wir in die Zukunft, eine Zukunft, die um so trostloser sein wird, je uneiniger die Arbeiterbewegung ist.

Was hat es den Christlichen Gewerkschaften geholfen, daß sie sich immer scharf getrennt hielten von ihren Arbeitsbrüdern in den freien Gewerkschaften? Wird ein christlicher Gewerkschafter anders, besser behandelt, als sein freigewerkschaftlicher Leidens- und Kampfgenosse? Erhält er weniger Lohnabzug und weniger Verfolgung von der Seuche der Arbeits- und Existenzlosigkeit? Ist es nicht eine Ironie, geradezu eine Teufelei der Geschichte, daß die Führer der Christlichen Gewerkschaften, Stegerwald und Brüning, wie wir annehmen wollen, wider Willen nur die Vollstrecker der deutschen Reaktion sind oder sein müssen? Wenn diese Reaktion ihre eigenen Henker vorschicken müßte, wenn Herr Vögler etwa im Amt des Herrn Stegerwald säße, würde man die Besitzenden nicht so schonen, die Arbeiter nicht so einseitig belasten können, wie man es hinter dem Mantel zweier christlicher Gewerkschaftsführer tun kann.

Was hilft es den Deutschen Gewerkschaften, daß sie ihre kleine Schar in diesen stürmischen Zeiten auf eigenem schwankenden Kahn durch die Wogen steuern. Es ist sehr schön, wenn man stolz ist auf die Richtigkeit der Idee. Aber auf Ideen gibt es kein Patent, und wenn es eines gäbe, wäre es in den mehr als sechzig Jahren seit Max Hirsch längst abgelaufen. Was an den Ideen der Gewerkschaften richtig war, haben die anderen Gewerkschaftsrichtungen längst übernommen und tatkräftig vertreten. Aber Ideen ohne Macht sind wertlos. Die große, mächtige Bewegung der freien Gewerkschaften kann für die Durchführung richtiger Ideen viel mehr tun, als alle Idealisten der Gewerkschaften fordern, aber nicht durchsetzen können. Es stürzt jetzt eine halbe Welt zusammen, nämlich die geistige Welt des neunzehnten Jahrhunderts. Die Deutschen Gewerkschaften werden davon nicht verschont bleiben. Sie können nur weiterleben, eine Wiederauferstehung nur feiern im Rahmen einer einzigen deutschen Arbeiterbewegung. Sie müssen sich opfern, um von neuem zu leben. Führer und Mitglieder des Gewerkschafts Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter haben zum Beispiel im großen Rahmen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wichtige Aufgaben und Möglichkeiten. In ihrer heutigen Vereinsamung sind sie dazu verurteilt, einflusslos zu sein und zu bleiben.

Wer faßt diese Aufgabe an? Wer hat den Mut, all den Feinden der deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung entgegenzutreten mit einem neuen, großen Ziel? An dieser Frage entscheidet sich ein großes Stück des Schicksals der deutschen Arbeiterbewegung. Sie soll, sie muß leben. Sie kann aber ihre Feinde nur überwinden, wenn sie alle Kräfte zusammenfaßt. Eine neue Zeit hat geschlagen. Gelingt es, die Kräfte zu einen, dann ist auch eine neue Lage geschaffen für die Verführten, die, von Moskau geblendet, als Mitläufer hinter der RGO einhertorkeln. Sie sind jetzt unbewußt zumeist die Zuträger des Faschismus, die Feinde ihrer eigenen Klasse. Wenn sie sehen, daß die Arbeiterbewegung den Pessimismus abschüttelt, neuen Anlauf nimmt zu neuer Sammlung, dann werden die Drahtzieher bald keine Puppen mehr zu ziehen haben.

Es ist genug. Das Maß der Auspressung und der Verarmung der Arbeiter ist voll. Die Verzweiflung rast durch die Gassen. Geben wir allen gewerkschaftlich geschulten Arbeitern ein großes Ziel für das sie zu kämpfen lohnt, an dem sie sich aufrichten können. Kollegen und Genossen, Beschäftigte und Arbeitslose, greift diese Aufgabe an! Wirkt für den Zusammenschluß aller Verbände! Er soll, er muß kommen. Mobilisiert die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Richtungen. Wir haben nicht viel Zeit zu verlieren. Die Ereignisse sprechen eine laute Sprache. Wenn nicht alles fauscht, stehen Lohnkürzungen und neue Belastungen für die Arbeiter und neue Geschenke für die Besitzenden bevor. Das Maß ist voll. Organisieren wir den Gegenstoß. Schaffen wir die Einheit der Arbeiterbewegung!

Ende des Wohnungsbaues in Deutschland

Eine eingehende Untersuchung der Auswirkungen der Notverordnungen auf den Wohnungsbau finden wir in Heft 20 der „Wohnungs-Wirtschaft“, dem Fachblatt der Dewog. Hiernach hat der Wohnungsbau durch die Notverordnungen einen Ausfall an Hauszusammennutzmitteln von durchschnittlich 450 Millionen Mark oder 48 vH. Der Hausbesitz vermindert sich um 500 Millionen M mehr. Diese Zahlen bedeuten 770 bis 1200 Millionen M Umsatzausfall für das Baugewerbe und durchschnittlich 300 Millionen M Ausfall an Arbeitslöhnen. 250 000 Bauarbeiter werden demnach arbeitslos.

Je mehr sich die Wirtschaftskrise verschärft, desto wilder laufen die Unternehmer gegen die tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Sturm. Das ist in allen Ländern der Fall, am ehesten aber in Deutschland. In den Schriften und Reden der deutschen Unternehmer wird ja schon seit langem gegen das Tarifrecht gewettert. Neuerdings haben, wie hier schon berichtet wurde, elf Spitzenverbände der deutschen Unternehmer eine Eingabe an die Regierung gemacht, worin der Kampf gegen den Tarifvertrag im Vordergrund steht.

Diese Eingabe an die Regierung ist von einem Wust von Phrasen umkleidet. Sattsam bekannter und hundertfach glossierter Schmus aus den Denkschriften der Arbeitgeberverbände feiert fröhliche Urständ. Der Reichsregierung empfiehlt man, „in kraftvoller Entschlossenheit und mit voller Unabhängigkeit von Interessen- und Parteipolitik den Weg zum sofortigen Handeln“ zu beschreiten. Früher hieß es immer, die „Wirtschaft“ sei allein, ohne staatliche Einmischung imstande, Wirtschaftspolitik zu betreiben, jetzt aber läßt man der Regierung den Vortritt — um einen Prügelknaben zu haben. Wenn die ausgesprochensten Interessentenhäufen oder parteipolitischen Geschäftemacher von der Regierung fordern, unabhängig von Interessen- und Parteipolitik zu handeln, so wirkt das komisch — oder diese Herrschaften wollen ein unsauberes Geschäft vornebeln. Das wollen sie in der Tat.

Die Hauptsache der Eingabe bilden sechs Forderungen, die man als „oberste Erfordernisse“ bezeichnet. Die Forderungen gehen, wie immer bei unseren großen Patrioten, auf Kosten der Arbeiterschaft. Wird doch als unerlässlich betrachtet „eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse. Die Hauptvoraussetzung für eine individuellere Lohngestaltung (lies Lohnquetscherei) ist die Reform des Tarifrechts und Schlichtungswesens, durch die die Institution der Verbindlichkeitsklärung und die eigene Verantwortung der Parteien wiederhergestellt wird.“

Sonach verlangen die Herren abermals Opfer — von den anderen, von den Arbeitern. Nun sollte man meinen, daß die Herren, die doch in hohem Maße an dem wirtschaftlichen Dalles schuld sind, auch an sich selbst einige Forderungen zu seiner Behebung stellten. Dergleichen entspricht nicht den Gewohnheiten unserer großen Patrioten. Sie waren im Stellen von Forderungen — an die anderen immer groß. Zwar haben sie, man darf das nicht verschweigen, in dieser Eingabe auch an sich Forderungen gestellt. Zum Beispiel, daß die Regierung den Unfug mit den Subventionen einstellen soll. Es ist wohl möglich, daß diese Interessentenhäufen gleich nach den Aufstellen dieser Forderung sich zu den Ministerien hegeben haben, um neue Subventionen zu ergattern. Doch das nur nebenher.

In vollem Umfange richtet sich dieser Vorstoß gegen das Tarifvertragswesen. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen haben nach diesem Vorstoß Veranlassung genommen, der Reichsregierung ebenfalls eine scharf formulierte Erklärung zu überreichen. Darin wird einleitend darauf hingewiesen, daß die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiterer Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen hätten. Zurückgewiesen wird der Versuch, die Wirtschaftsnot der Gegenwart aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären. „In Wirklichkeit“, so heißt es weiter, „liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen Auswirkungen des gegen-

wärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, in internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurden sie durch überspannte Protektionismus, Subventionspolitik, Ubrationalisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit einhalb Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not.“ Nach diesen Feststellungen fordern die Gewerkschaften: „Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen, Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften, drittens Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens, Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes“ usw.

Das Hauptgewicht muß hierbei auf die Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter und in Verbindung damit auf die Sicherung des Tarifrechts gelegt werden. Hierauf kommt es im wesentlichen an, weil sich hiergegen der Hauptstoß der Unternehmer richtet. Die Unternehmer verlangen in erster Linie das Aufgeben der Unabdingbarkeit der Tarifvertragsbestimmungen. Daß sich hierdurch das Schlichtungswesen mitten ins Herz treffen, ist ihnen durchaus bewußt. Die Gefahren, die für die Arbeiterschaft hierauf dem Spiele stehen, sind ungeheuer groß. Selbst die bürgerliche Presse warnt davor, diesen Grundstein des gegenwärtigen Sozialrechts anzugreifen. So lesen wir in der Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe 732—734:

„An der Unabdingbarkeit, an der Unmöglichkeit, für einzelne Arbeiter oder die einzelne Arbeitsgruppe auf Grund freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Vertrag zu umgehen, beruht ganz entscheidend die Einflußmöglichkeit der Gewerkschaften überhaupt. Auf ihr beruht auch die ganze Friedensfunktion, die der Tarifvertrag im Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern ausfüllen soll. Wird der Vertrag zu einer nur unverbindlichen Abmachung, von der der einzelne sich beliebig lösen kann, so erfüllt er seine Funktion für die Arbeiterschaft überhaupt nur noch in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, denen die verfügbaren Arbeitskräfte knapp sind und jede einzelne ein Interesse daran hat, sich an der Aufwärtsbewegung der Löhne zu beteiligen, die eine Gesamtheit erkämpft. In der Krise aber zerfällt das Kollektiv leicht... Man würde also einen wirklichen Grundstein der gegenwärtigen deutschen Sozialverfassung beseitigen, wollte man die Unabdingbarkeit aufheben.“

Ganz richtig. Würde die Unabdingbarkeit der Tarifverträge aufgegeben werden, so wäre der Tarifvertrag lediglich ein Schutz der Unternehmer in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Er würde seine Funktion als Schutz der Arbeiterschaft in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs verlieren. Es steht hi Großes auf dem Spiel. Ein Nachgeben der Regierung würde mit einem Schläge jahrzehntelang erhoffte vorbereitete Errungenschaften in Frage stellen. Die Arbeiter und Angestellten würden in Zeiten schlechten Geschäftsganges schutzlos den wirtschaftlich stärkeren Unternehmern gegenüberstehen. Deshalb erhoffen die Mitglieder der Gewerkschaften, daß sie sich vor allem gegen diesen Einbruch in das Tarifrecht energisch zur Wehr setzen. Nötigenfalls muß alles mobil gemacht werden, um das Tarifrecht zu erhalten.

Wird die zusätzliche Naturalhilfe kommen?

Die deutsche Reichsregierung spricht schon lange davon, einen Teil der Arbeitslosenhilfe in der Form von Naturalunterstützungen zu gewähren. Die letzte Notverordnung kommt dem dadurch entgegen, daß sie den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, die Gewährung der Unterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art zuzulassen. Die Gewerkschaften haben sich stets dagegen gewehrt, die äußerste dürftige Unterstützung noch einmal dadurch zu vermindern; daß ein Teil davon in Naturalleistungen gewährt wird. Ehe der Reichstag auseinandergeht, sind eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse gefaßt worden. Es wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

„1. Die Winterhilfe ist eine zusätzliche Naturalhilfe für alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, und zwar für die Zeit vom 1. November 1931 bis zum 31. März 1932. Sie besteht in der Belieferung mit Kartoffeln und Kohle. 2. Die Naturalhilfe darf nicht zu einer Minderung der Geldunterstützung führen. 3. Die Naturalhilfe soll umfassen: a) Kartoffeln, 1,5 Zentner pro Kopf der zum Haushalt des Unterstützungsberechtigten gehörenden Personen; b) Kohle, 20 Zentner für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt. 4. Die Kohlsyndikate sind zu verpflichten, die Kohlen zu Preisen zu liefern, die nicht über dem Durchschnitt der jeweiligen Exporterlöse liegen. 5. Die Beschaffung von Kartoffeln soll in der Weise erfolgen, daß der Kartoffelmarkt entlastet wird und die Verluste bei der Reichsanstaltverwaltung für Branntwein möglichst verringert werden.“

Dieser Beschluß deckt sich mit den Forderungen der Gewerkschaften. Diese sind schon immer der Meinung gewesen, daß die Naturalhilfe nicht zu einer Minderung der Geldunterstützung führen darf. Es kommt nun darauf an, die Regierung zu verpflichten, diesem Beschlusse des Reichstages Rechnung zu tragen. Die Gewerkschaften werden es jedenfalls an dem nötigen Druck nicht fehlen lassen.

Klassenkampf der Schwerverdiener

Die breite Öffentlichkeit ist empört darüber, daß den Arbeitern, Erwerbslosen und Kriegsinvaliden durch amtliche Schiedssprüche und Kürzung der Bezüge ein Stück Brot nach dem andern weggenommen wird, während das Gehalt der Schwerverdiener unangestastet bleibt. Von Regierungsseite ist zwar wiederholt erklärt worden, daß die hohen Gehälter angesichts der allgemeinen Not unsittlich seien und auch sie gekürzt werden müßten. Geschehen ist aber bis jetzt noch nichts.

Durch die Empörung gegen die hohen Gehälter fühlen sich die Schwerverdiener beunruhigt. Sie haben sich darum mit der Sache beschäftigt. Der Reichsbund höherer Beamter macht darüber in einem vertraulichen Rundschreiben (vom 20. Juli) Mitteilung. Auf diese Weise erfahren wir, daß sich Vertreter des gesamten Reichsbundes mit maßgebenden Leuten des Reichsbundes der Deutschen Industrie zusammengefunden haben

zu einem Meinungsaustausch. Die Vertreter des Reichsbundes machten da geltend, daß „die Aufrechterhaltung eines angemessenen Unterschiedes zwischen der Stellung der höheren Beamten einerseits und der mittleren und unteren Beamten andererseits auch in bezug auf die Bessoldung“ aufrecht erhalten werden müsse.

Weiter bestand nach dem geheimen Rundschreiben in dem Zusammenkunft der Schwerverdiener „Einigkeit darüber, daß ein Eintreten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie für die Belange der höheren Beamten in der Öffentlichkeit nicht zweckmäßig sei, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie und seine leitenden Persönlichkeiten aber bereit seien, unter dem Hand Einfluß auf die Regierung und das Parlament in unser (der höheren Beamten) Sinne zu nehmen“.

Demnach schämen sich die Zehntausendmänner, in der Öffentlichkeit um die Erhaltung ihrer Unverdienste zu fechten, hinterherum aber, bei der Regierung und dem Parlament, wollen sie sich tatkräftig für die Erhaltung ihrer unverschämten hohen Gehälter einsetzen. Diese selben Leute heucheln in der Öffentlichkeit von „Volksgemeinschaft“ und „Opferbringen aller in geheim aber wehren sie sich mit Klauen und Zähnen, diese Volksgemeinschaft oder in das Opferbringen aller einbezogen zu werden. — Sie müssen sich sehr erfolgreich bemühen. Die Untätigkeit der Regierung in Sachen der Kürzung der hohen Gehälter läßt das erkennen. Die Regierung will sich hüten, den Schwerverdienern nahezutreten — aber die armen Teufeln von Arbeitern, Erwerbslosen und Kriegsinvaliden das schmale Einkommen noch weiter kürzen, das ist doch etwas ganz anderes.

Auswirkungen der Rationalisierung

Die drei größten Berliner Elektro-Unternehmungen schränkten in den letzten drei Jahren ihre Belegschaften stark ein. Während bei den Siemens-Schuckert-Werken die durchschnittliche Leistungen der Arbeiter um einen geringen Prozentsatz zurückgingen, konnten Siemens & Halske und die AEG von einer beträchtlichen Leistungssteigerung berichten. Einzelheiten sind aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen.

Siemens & Halske:	1927/28	1928/29	1929/30
Belegschaft	52 000	54 000	45 000
Leistung je Kopf in RM	5 096	5 693	6 195
Vergleich: 1927/8 = 100	100	112	122
Siemens-Schuckert-Werke:			
Belegschaft	78 000	82 200	67 800
Leistung je Kopf in RM	6 859	6 813	6 549
Vergleich: 1927/28 = 100	100	99	95
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft:			
Belegschaft	70 000	60 000	51 000
Leistung je Kopf in RM	7 529	10 016	9 882
Vergleich: 1927/28 = 100	100	133	131



Familie und Heim



Die Zeit der Fruchtbarkeit Beobachtungen über die Empfängnisfähigkeit des Weibes

Vor einiger Zeit haben die Forschungsergebnisse eines Grazer Frauenarztes, des Universitätsprofessors Knaus, in der Öffentlichkeit ziemliches Aufsehen gemacht. Professor Knaus hat die wichtige Frage studiert, zu welcher Zeit die Frauen empfängnisfähig und wann sie unfruchtbar sind. Er kam zu Ergebnissen, die es seiner Meinung nach gestatten, genaue Zeitangaben über die Möglichkeit einer Befruchtung zu machen. Es muß nicht erst begründet werden, welche Bedeutung solchen Forschungsergebnissen zukommt, wenn sie tatsächlich einer bisher wenig aufgeklärten natürlichen Gesetzmäßigkeit auf die Spur gekommen sind. Wohl gab es ja von alters her immer Volksregeln und mehr oder weniger wissenschaftliche Regeln, die sich zumuteten, den Frauen sagen zu können, wieviele Tage vor oder nach der monatlichen Regel die erwünschte Befruchtung am ehesten eintreten werde — oder die gefürchtete am ehesten vermieden werden könne. Auch von einzelnen Vertretern der Kirche, die da raten wollten, um eine „sündhafte“ Empfängnisverhütung durch andere Methoden überflüssig zu machen, sind für den ehelichen Verkehr bestimmte Zeitregeln aufgestellt worden, aber man kann nicht sagen, daß die bisherigen Empfehlungen dieser Art, woher immer sie gekommen sind, auf einleuchtende wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt gewesen sind und sich in der Praxis des Lebens bewährt haben. Man mußte darum auch den Mitteilungen des Professors Knaus, wenn sie auch auf moderne und ernste Forschungsarbeit zurückgingen, mit abwartender Skepsis begegnen. Nun sind aber in der letzten Zeit Beobachtungen im Tierexperiment und auch am Menschen angestellt worden, die, wie dieser Tage Professor Werner in einem Sammelbericht in der „Wiener klinischen Wochenschrift“ erklärt, durchaus dafür sprechen, daß Knaus das Richtige gefunden hat.

Um zu erfahren, zu welcher Zeit das menschliche Weib befruchtet werden kann, mußten zunächst drei Vorfragen beantwortet werden. Die erste: Wie lange behält der beim Zeugungsakt dem Weibe zugeführte Same des Mannes die Fähigkeit, zu befruchten? Im Gegensatz zu der bisher herrschenden Meinung fand die Forschung, daß man die Befruchtungsfähigkeit der Samenzelle nicht ihrer Bewegungsfähigkeit gleichsetzen dürfe. Die Samenzelle kann noch befruchten zu einer Zeit, da sie im Mikroskop bereits unbeweglich erscheint. Wir wissen jetzt, daß der Same etwa zwei Tage zeugungsfähig bleibt. Die zweite Vorfrage, die gelöst werden mußte, war die nach der Dauer der Befruchtungsfähigkeit des Eies, nachdem es aus dem Eierstock, wo es herangereift ist, ausgetreten ist. Man glaubt jetzt, daß das ausgetretene Ei etwa vierundzwanzig Stunden befruchtungsfähig bleibt. Und nun die schwierigste Frage. Die Frau weiß von den regelmäßigen monatlichen Vorgängen, die sich in ihrem Geschlechtsapparat abspielen, nur durch ein äußeres Symptom: durch die Monatsblutung oder Menstruation. In welchem zeitlichen Verhältnis steht nun diese Menstruation zu dem Austritt des Eies aus dem Eierstock und seinem Eintritt in den Eileiter, wo es nach dem Zeugungsakt mit der Samenzelle zusammen trifft? Mit anderen Worten: Wieviele Tage vor oder nach der Monatsregel ist überhaupt ein Ei vorhanden, das befruchtet werden kann?

Früher, das heißt noch vor gar nicht langer Zeit, lehrte die Wissenschaft, daß die Menstruation und der Eiaustritt gleichzeitig erfolgen. Etwas später wurde gelehrt, der Eiaustritt erfolge in der Mitte zwischen zwei Monatsblutungen. Jetzt aber muß die Wissenschaft einsehen, daß sie wieder einmal gründlich in Irrtümer verannt war.

Fällt die Begattung in eine dem Eiaustritt ferne Zeit, dann sind die kurzlebigen Samen- und Eizellen nicht mehr befruchtungsfähig; der Begattungsakt muß also bald vor oder bald nach dem Eiaustritt erfolgen. Wir verstehen übrigens nun auch, warum sich die Kaninchen so fleißig vermehren, daß sie zu sprichwörtlichen Beispielen guter Fortpflanzung geworden sind. Es ist nämlich festgestellt worden, daß beim Kaninchen das Ei einige Stunden nach einem Begattungsakt austritt. Das Bläschen, in dem das reife Ei geborgen ist, bevor es den Eierstock verläßt, platzt und gibt das Ei frei. Und man nimmt an, daß dieses Platzen gerade durch den Begattungsakt ausgelöst wird. So findet das neue Ei immer zeugungsfähigen Samen vor...

Wie aber ist nun beim Menschen die zeitliche Aufeinanderfolge von Eiaustritt und Monatsblutung? Man hat in vielen Fällen die Gelegenheit einer Bauchoperation benutzt, um den inneren Geschlechtsapparat der Frauen in seinem augenblicklichen Zustand anzusehen und aus dem Bilde, das er bot, Schlüsse zu ziehen. Auf Grund derartiger und anderer Beobachtungen kam Knaus zu der Erkenntnis, daß bei Frauen, die alle vier Wochen ihre Menstruation haben, der Austritt eines reifen Eies aus dem Eierstock zwischen dem zwölften und dem vierzehnten Tage nach dem Beginn der letzten Menstruation erfolge.

Da der Same zwei Tage, das Ei gut einen Tag befruchtungsfähig bleiben, muß also schon etwas vor dem zwölften und noch nach dem vierzehnten Tage, der dem Beginn der vergangenen Monatsblutung folgt, mit der Wahrscheinlichkeit einer Befruchtung gerechnet werden.

Man begrenzt darum jetzt nach Knaus die Zeit, in der eine Frau schwanger werden kann, mit dem elften bis siebzehnten Tag, wobei die Zählung immer mit dem ersten Menstruationstag beginnt. Vom achtzehnten Tage an soll die Frau unfruchtbar sein, und sie soll es mindestens bis zum achtundzwanzigsten Tage bleiben — immer vorausgesetzt, daß es sich um Frauen mit einer vierwöchentlichen Periode handelt.

Dies sind die lange gesuchten Ergebnisse der Forschung, die uns einen Einblick in die Probleme der Befruchtungzeit beim Menschen verschaffen wollten. Die verschiedenen Beobachtungen und Experimente, die den Resultaten zugrunde liegen, gelten als einwandfrei, die Fachmänner, die sich für sie einzusetzen, als verlässliche Forscher und Ärzte. Ob aber ein Irrtum ausgeschlossen ist? Wer wäre heute bereits so kühn, das entschieden behaupten zu wollen? Wir können nur hoffen, daß die Rechnung der Wissenschaft diesmal stimmt — was sich ja bald erweisen muß. Den Menschen wäre dann ein Gutes getan.

Dr. P. St. in der Wiener Arbeiter-Zeitung.

Abgrund öffnet sich unter Marie. Sie sieht über sich die blutunterlaufenen Augen des Mannes. Wahnsinn, der hier werden will! Marie weiß jetzt, um was es geht. Ihre Kraft steigt ins Riesensmaß, steigert sich von Sekunde zu Sekunde ins Gigantische.

Ihre Körper wälzen sich über den Boden. Ihre Hände suchen zu würgen; blutrote Striemen laufen über die Gesichter; Atemzüge hetzen und keuchen; weißer Schaum steht vor dem Munde des Mannes. Die Poren in Marias Gesicht pressen kalte, dicke Tropfen heraus; ihre Zähne suchen zu fassen; ihr Mund zischt in die Fratze, die sich in ihre Haare verbeißt; ihre Zähne schlagen in die Hände, die wie Zangen sind.

Der Körper über ihr wird zum Granitblock. Sie fühlt, wie er preßt und auseinanderdrückt und ihre Kraft lockert und ihre Muskeln löst.

Der Kampf ist ungleich. Marias Ohnmacht ist ihre Niederlage. Trude steht in der Tür, gelähmtes Gehirn, das dem Mund nicht mehr befehlen kann, hört die Mutter wie aus tiefster Unterirdischkeit stöhnen und ist hilflos. Gerd ist in den Korridor geflüchtet und rast jetzt zur den Nachbarn, Hilfe holen. Die anderen, zusammengeballte Angstklumpen, haben sich in die Ofenecke gedrängt und wimmern und stieren unwissend und ratlos durch die Küchentür in das Grauvolle.

Erst als der Vater, Schaum vor dem Munde, zusammenschnebelt und sich schlingelnd über den Boden wälzt, ihr zu kann Trude aufschreien. Sie springt ans aufgerissene Fenster und schrillt Hilferuf auf Hilferuf in den Hof.

Endlich Menschen. Die Nachbarn, die mit Gerd hereinstürzen. Sie packen den Mann, der sich langsam lockert, tragen ihn auf das Sofa. Einer stürzt fort, ans Telefon, die Rettungsstation zu alarmieren. Dünne Antwort tropfend auf den Überfall der Fragen geben Trude und Gerd Auskunft. Scheu und verlegen, erschüttert und voll Mitleid sieht man auf Marie.

Die sitzt am Tisch: leeres, ausgebranntes Gesicht, wahnsinnnahe, erkaltete, steinerne Starrheit, Verschlussheit der Ohren und Augen und des Mundes, auf nichts erwidernde Gefühllosigkeit des Fleisches; nur die Zunge im ausgedorrt Gaumen sucht krampfhaft sich zu lockern. Trockener Ekel sitzt darauf und würgt.

So hockt Marie: entfernt von allem, unnahbar den Fragen und Trostworten, nur Leere und Schweigen. So ist sie: maßlos erschreckend, wie verschneite Ebene ohne Ende und ohne Baum oder Strauch, weiße, grenzenlose Schneewüste ohne Rettung und ohne Halt, tonloses, weißes Schweigen ohne Echo.

Sie bleibt bewegungslos und willenlos. Sie läßt sich ausziehen und ins Bett legen; sie bleibt Starrheit und Fernsein. Sie hört und sieht und fühlt nicht, wie man Fritz fortträgt in den Krankenwagen, der gekommen ist. Es ist ihr unbewußt, daß ein Arzt sie untersucht und auf sie einredet. Sie hat auf die Fragen eines Polizeibeamten keine Antwort, denn sie weiß nichts von ihm.

Der Arzt, sachlich, überaus ruhig, entwirrend und klar anordnend, macht eine Injektion.

Jetzt, deutlich verfolgbare, lockert sich die Starrheit in Marias Gesicht. Es wendet sich langsam, die Lähmung der Muskeln lösend, zur Seite. Marie schläft.

Marie hat diese Nacht hindurch und den darauffolgenden Tag ohne Unterbrechung geschlafen. Ihr Schlaf war Leere, auch im Traumerleben, und regungslos fast, wie leise atemender Tod.

Am anderen Morgen will Marie aufstehen. Es geht nicht. Die Beine versagen. Von den Kniekehlen bis zum Unterleib fesselt, kaum daß Marie sich bewegt, unerhörter Schmerz die Muskeln; dabei antworten sie auf kein Kommando, das Marias Gehirn ihnen zuruft. Schreck befällt Marie, die in zähem Ringkampf nur schwer die Angstgedanken aus sich herauswirft. Nur das ist nicht zu vertreiben: Vorläufig ist an Aufstehen nicht zu denken, also auch nicht an Verdienen; aber Verdienen muß sein, so oder so, sonst — was kommt sonst? Diese Angst wird Marie nicht los.

Der Arzt muß gerufen werden. Gerd geht. Inzwischen tröstet Trude: sie mit Gerd und auch Mieke besorgen weiter die Zeitungen; man hat es ihnen, trotzdem es ja verboten ist, erlaubt, als man das Warum erfahren hat.

Dann war Trude in den Aufwartestellen: Da will man warten, allerdings in der einen, in der besten, war man etwas unwillig und verärgert. Eine Aufwartefrau aus dem Hause hat die Reinigung der Büros für Marie übernommen. Merkwürdigerweise verzichtet sie auf die Hälfte des dafür gezahlten Lohnes: „... is ja doch nur ne Vertretung und wissense, eine Hand wäscht die andere!“

So ist es zwar schlimm, aber so schlimm, wie es hätte kommen können, ist es doch nicht. Das beruhigt Marie, die sich schon mit dem bestimmten Gedanken vertraut gemacht hat, in wenigen Tagen aufstehen und wieder arbeiten zu können.

Der Arzt beruhigt ebenfalls: „Ein kleiner Nervenschock mit vorübergehender, harmloser partieller Lähmung. Geht vorbei. Paar Tage noch liegen und vor allem Ruhe. Dann ist das vorbei.“

Aus den „paar Tagen“ werden vierzehn. Währenddessen ruht der ganze Haushalt auf Trudes Schultern. Gerd und selbst Mieke helfen, wo und wie sie können — so schaffen sie es und tragen dabei noch die Zeitungen aus. Stolz bringen sie der Mutter den Wochenlohn: zwanzig harte, runde, schwere, glänzende, kostbare, erfüllende Silberstücke.

Marie betrachtet sie fassungslos. Plötzlich weint sie, zum erstenmal seit jenem Abend, an dem sie nur in sich hinein weinen konnte.

Marie ist aufgestanden. Ist wieder auf dem Posten! Man hat sie überall gut aufgenommen; auch in der verärgerten Familie verschwanden Kühle und Unwilligkeit, als Marie erzählte. Marie arbeitet. Sie muß jetzt schuften; sie hat viel einzuholen.

Eine kleine Schlappa, nicht gefährlich, aber spürbar: Die Immobilienfirma, wo Marie Büros reinigt, stellt ihre Zahlungen ein. Marie ist ihre Stelle los und außerdem ihren letzten Wochenlohn, verdammt wichtige und unentbehrliche fünfzehn Mark. Der auch stellungslos und klein gewordene Portier erzählt: Große Unterschlagungen, die zwei Direktoren geflüchtet, mit gut rund einer Million, die „diese Hunde, diese Hallunken, diese vollfetten Schweine, noch gestern von den Konten sich zusammengeschabt haben. Nicht mehr da, aber auch nicht'n Sechser! Konkurs überflüssig, keine Masse! Wir haben unsere Kröten verloren, futschfutschfutsch, aber die, aber die, dicke Autos hattense und Sekt jessoffen und Weiber, na ich könnte erzählen, aber hab keine Zeit mehr, muß fort, neue Sache suchen, muß doch was zu finden sein, verfluchtnochmal, oder muß stempeln jehn, und denn die kranke Frau und vier Jöhren, verfluchtnochmal!“

Marie kapiert das wieder: Verdammt schweres Leben in dieser Stadt hier!

Alle Welt klagt. Geld ist knapp, nichts wird gekauft, nur mehr auf Teilzahlung, aber auch die Raten kann man nicht mehr aufbringen. Wohin Marie kommt, jammert man ihr vor: „Lesense die Zeitung! Gestern sind wieder fünf Firmen gekracht, große, gute, alte Firmen. Da sollen wir einstellen? Abbauen, abbauen, liebe Frau, wir müssen abbauen, Sie müssen auch abbauen, verstehense!“

(Wird fortgesetzt.)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXX.

Schlimm genug für Marie. Nun war sie soweit gewesen, immer schon einen Monat voraus das Wirtschaftsgeld daliegen zu haben; sie hat gespart, mehr als fünfzig Mark, Grundstock für das Weihnachtsen der Kinder. Alles dahin. Nichts als Leere und Unordnung, hier und im Hirn. Und auch im Herzen.

Die Nacht über sitzt Marie in der Stube am Tisch. Sie denkt hin und her.

Wäre es nicht das Beste, überhaupt zu fliehen? Zu fliehen aus dieser Stadt? Aber wohin dann? Wohin? Hier ist noch Verdienst, Arbeit, wenn man danach hetzt, Arbeit, die sich bezahlt macht, wenn man schuftet. Wo soll sie hin, wohin?

Gegen Morgen beruhigt sich die Empörung der Gedanken. Was soll sie anders, als bleiben, hier bleiben und aushalten, kämpfen, weiterkämpfen und sich nicht unterkriegen lassen. Hier ist Marias Front, hier kennt sich Marie aus und hier kann sie kämpfen.

Sie hat auch darüber nachgedacht, Fritz und seinen Einbruch dem Kommissar zur Anzeige zu bringen. Zwei- oder dreimal vielleicht hat sie gezweifelt, daß Fritz es war; zum Ende stieg doch die Gewißheit, die ihr hart und unanfechtbar beweist, daß nur er es gewesen sein kann. Wer sollte es anders gewesen sein? Vielleicht hat er schon damals, als sie ihn zum erstenmal unten überrascht hat, den Plan fertig gehabt?

Marie sitzt und denkt darüber nach. Was ist das für ein Mann? Wer ist er? Rätselhaft! Marie ist er offenbar ohne Geheimnis; aber auch Offenbarung und Klarheit können rätselhaft sein.

Marie wird ihn nicht anzeigen. Dieser Besuch, so sagt sich Marie, wird wohl sein letzter Besuch gewesen sein, die traurige Abschiedsgebärde seines zu sinnloser Besessenheit gesteigerten Trotzes, seines Widerspruchs in seinem armen Ich.

Der Verlust ist bitter, doch zu ertragen. Der laufende Verdienst reicht aus, den Lebensunterhalt ohne Einschränkung zu bestreiten. Die Reparatur des Türschlosses und der Schranktür zwingen allerdings Marie, sich Vorschub geben zu lassen. So ist an Sparen vorläufig nicht wieder zu denken. Das bedrückt Marie um der Kinder willen, die es Weihnachten werden spüren müssen.

Marie tritt weiter das Schöpfrad ihrer Tretmühle. Tag für Tag immer im gleichen Gleichtritt. Die Granate hat wohl getroffen, aber nicht zerschmettert.

Wie Marie es angenommen hat, bleiben sie ungestört. Die Existenz des Mannes scheint ausgelöscht. Wochen vergehen.

Spätabend. Marie sitzt mit den Kindern um den Tisch. Sie spielen Mühle. Es klingelt.

Marie hebt fragend den Kopf. Wer kann jetzt zu ihnen kommen? Wieder Klingeln, schrill und lang anhaltend. Unklare Angst beherrscht Marie. Finger auf den Mund: Sie schweigen. Die Kinder wissen nicht, warum, und sitzen verängstigt. Marie flüstert: „Nicht aufmachen!“ Wieder Klingeln. Marie überlegt. Hastiger Entschluß: Sie schickt die Kinder in die Küche, steht auf, überlegt. Soll sie aufmachen? Vielleicht ist er es doch nicht? Marie schwankt.

Da dringt ein leises, feines, schabendes, ächzendes Geräusch in ihre Ohren. Marie springt zur Tür, öffnet sie leise.

Kalt, erschreckend, wie ein langes, breitklingiges, papierscharfes Brotmesser dringt das in Marie: Das Schloß der Korridortür dreht sich schnurrend und leise knackend um, die Tür öffnet sich spaltbreit, eine schreckliche Hand greift durch den Spalt, faßt zum Lichtknipser, dreht um.

Marie schreit auf, springt zur Tür, drückt sie mit ihrem Leibe zu.

Ein anderer Körper drückt dagegen, die Tür fliegt auf, Marie, lautlose Lähmung, lehnt an der Wand.

Im Korridor steht Fritz, glotzt Marie an, grinst und fällt angetrunken. Marie weicht zurück, langsam Schritt nach Schritt rückwärts in die Stube. Marie ist hilflos geworden: Den Gedanken, aufzuschreien und um Hilfe zu rufen, hat sie vergessen. Entsetzlich dieser Mann, der schwankend ihr nachdrängt, entsetzlich die rot unterlaufenen Augen und ihr flackerndes Glotzen, betäubend diese ekelhafte Wolke, die er aus sich herausstößt, rückweise und zitternd.

Marie klammert sich an den Tisch. Fritz versucht, ihn zu umtorkeln. Seine Hände greifen nach Marie, die erst jetzt die Lähmung in der Kehle löst und gellend aufschreit.

Marie flüchtet um den Tisch in die linke Ecke, um die Tür zur Küche zu erreichen, die Trude aufgerissen hat. Die Tür, das ist die Rettung. Marie springt.

Jäh blitzt es in seinen verglasten Augen auf, der verfluchte Widerspruch, ein Ruck schwingt sich durch seinen Körper, den er mit Kraft herumwirft auf Marie zu, die über sein Bein stolpert und kurz vor der Küchentür hinfällt. Geduckt wie Hunde vor Peitschenhieben hocken die Kinder, aus ratlosen Augen wimmernd, in der Küche.



Verbandsleben



Arbeitslos

Ein junger Arbeitsloser sendet uns den nachstehenden Notruf nach Arbeit und Brot.

Ich bin jetzt schon so lange arbeitslos,
 Das kann doch nicht so weitergehen.
 Vielleicht gewinn ich doch noch mal das große Los!
 Einmal muß schließlich doch etwas geschehen!
 Seit langem gehts mir hundeschlecht,
 Mein Äußeres ist ziemlich mitgenommen!
 Das Schicksal ist doch hart und ungerecht,
 Ich find' ich habe schrecklich abgenommen.
 Als man mich seinerzeit entlassen,
 Da sagte man: „Es tut mir leid! Wir müssen sparen!“
 Ich kann doch deshalb meinen Chef nicht hassen,
 Er könnt am End sonst nicht an die Riviera fahren.
 Vorbei die Hoffnung, daß sich endlich Arbeit biete,
 Seit gestern muß ich wieder Kohldampf schieben,
 Im Nachttisch liegt das letzte Geld zur Miete;
 Ach gestern ja, gabs Brot mit Gelberüben.
 Der Anzug, den ich trage, ist schon ganz zerschissen,
 Auch wär es höchste Zeit, daß ich die Stiefel sohlen ließe.
 Das Leben ist doch so beschissen!
 Und wenn es regnet, krieg ich nasse Füße.
 Ich glaub, ich werd die Uhr ins Pfandhaus tragen,
 Ich muß doch schließlich wieder mal was essen.
 Mir knurrt seit gestern schon ganz fürchterlich der Magen,
 Am besten ist's, ich leg mich schlafen, um den Hunger zu vergessen.
 S. F.

Zeitgemäße Erinnerungen

Geht man heute auf die Straße, so findet man die arbeitslosen Kollegen, die sich gruppenweise unterhalten; dies ist besonders in den Straßen der Fall, die zum Arbeitsamt führen. Bei einigem Hinhören merkt man, daß es keine Unterhaltung ist, sondern nur ein Schimpfen. Es wird geschimpft auf die Partei, auf die Gewerkschaften, nicht zuletzt auf die — Bonzen. Wieweit die Unzufriedenheit mit der politischen Haltung der Führer berechtigt ist, soll hier nicht untersucht werden. Auffallend ist nur, daß im Verbandsraum gewordene Kollegen nicht mehr den Mut haben, den geistlosen Schimpfereien auf die Gewerkschaften entgegenzutreten.

Die alten Kollegen sind heute mehr denn je dazu berufen, den jüngeren Kollegen zu berichten, wie es im alten Deutschland aussah, als die Macht der Gewerkschaften noch sehr gering war. Die alten Kollegen wissen doch wohl noch, was die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft erkämpft haben und mit welcher großen Opfer die Gewerkschaften aufgebaut worden sind. Die alten Kollegen müssen heute viel mehr in die vordere Reihe treten, um nicht alles, was sie selbst mit so unendlich persönlichen Opfern aufgebaut haben, in den Schmutz treten zu lassen. Die Gewerkschaften waren im alten Deutschland den Unternehmern noch viel verhaßter als heute. Wurde von einem Kollegen bekannt, daß er Mitglied des Verbandes war, floß er erbarmungslos auf die Straße. Wenn ein Kollege in dem Verdacht stand, für den Verband geworben zu haben, wurde er nicht nur in seinem Ort, sondern im ganzen Wirtschaftsbezirk von der Arbeit ausgesperrt. (Schwarze Listen!) Nach der damaligen Rechtsprechung wurden vielfach die Gewerkschaften als politische Vereine angesehen. Sie mußten der Polizei die Mitgliederlisten einreichen, die dann den Unternehmern zur Einsicht „zuliegen“. Die Folge war großes Reineinmachen in den Betrieben. Den auf solche Art entlassenen Kollegen wurden geheime Zeichen in die Papiere gemacht, so daß sie nirgends Arbeit bekamen. Sehr viele unserer tüchtigsten Kollegen haben nicht nur einmal, sondern mehrmals ihren gesamten Hab und Gut verschleudern müssen, um nach dem anderen Ende Deutschlands wandern zu können und Arbeit zu suchen. Sehr oft noch ohne Erfolg. Viele mußten den deutschen Staub von den Füßen schütteln und auswandern.

Und doch hat man uns nicht untergeköhrt. Je roher die Feinde, desto entschlossener wurde gekämpft. Keinem der so verlogenen Kollegen ist es eingefallen, auf den Verband oder die Führer zu schimpfen. Das letzte wurde hergegeben. Mit neuem Mut ging es immer wieder an die Werbearbeit, um den Verband so zu stärken, um solche Tücke der Unternehmer abzuwehren zu können. Nicht an der Führung, sondern an unserer zahlenmäßigen Schwäche lag es, daß man so mit uns umspringen konnte. So ist es auch heute noch.

Unter welcher schwierigen Verhältnisse wir besonders hier im Osten Deutschlands an dem Fundament des Verbandes zu arbeiten hatten, dafür einige Beispiele. Im Jahre 1906 wurde ich von dem Bezirksleiter, Kollegen Kohlock, als Helfer beschäftigt. Meine Aufgabe war, in den Industriekreisen der damaligen Provinz Posen für den Verband zu werben. In Städten wie Bromberg und Posen, wo Tausende von Metallarbeitern beschäftigt waren, zählten wir noch keine Hundert Mitglieder. Wie konnte man hier einbrechen? Lokale, auch nur zu Besprechungen, gab es nicht. Heute glaubt man es kaum selbst noch, mit welchen Mitteln man damals gezwungen war, zu arbeiten. Jeden Abend ging es mit noch einem ortskundigen Kollegen auf die Fahrt. Den Hut in die Stirne gedrückt, damit man nicht erkannt wurde, wurden die Lokale in der Nähe der Fabriken besucht. Wenn es gelang, einen Kollegen so zu besprechen, daß er zu einem anderen Abend noch drei oder vier Kollegen mitbrachte, dann gingen wir froh gelant nach Hause: der Grundstein war gelegt. Oft sind wir auch von den Wirten, wenn sie merkten, um was es ging, an die frische Luft befördert worden.

Nicht aus Feindschaft gegen uns wurden wir rausbefördert, sondern die Wirte suchten es machen, um ihre Konzession nicht zu verlieren.

So ist durch ständige Kleinarbeit hier im Osten auch unser Verband im Laufe der Zeit zu einer Macht geworden, mit der man auch schon im alten Deutschland rechnen mußte. Unter ähnlichen Schwierigkeiten wie hier mußte früher überall gearbeitet werden. Ich hatte später auch Gelegenheit, im Rheinland für den Verband zu werben. Dort waren die Verhältnisse eher noch schlimmer.

Es ist nicht meine Aufgabe, all das Gute und Große anzuzeigen, was der Verband im Laufe der Jahre für die Metallarbeiter geleistet hat. Zweck dieser Zeilen soll nur sein, die alten Kollegen, die den Verband mit so großen Opfern haben aufbauen helfen, wieder an die Front zu rufen. Kommt mehr in die Versammlungen, helfe eifriger mit des verteidigen, was uns allen heilig ist: unsere Gewerkschaft.

G. Geger.

Kleinarbeit im Betrieb

Eine Kollegin schreibt uns aus ihrer Betriebspraxis heraus: Die schwere wirtschaftliche Krise macht die Kleinarbeit im Betrieb zu einer der wichtigsten Aufgaben. Es gilt mehr denn je, die uns noch fernstehenden Kollegen wachzurütteln und zu klassenbewußten Gewerkschaftern zu erziehen. Dies muß mit größter Geduld und Versehen geschehen, da ein übereiltes Wort oft mehr einreißt als aufbaut. Mit Gewalt läßt sich kein andersdenkender Kollege umstimmen. Mit Sachlichkeit müssen Meinungsverschiedenheiten überbrückt werden, wobei die Anführung von Beispielen des Wirkens der Gewerkschaften gute Dienste leisten.

Schwierig ist es auch, jetzt die alten Kollegen bei frohem Kampfesmut zu erhalten. Die jahrelange Kurzarbeit, die zur Verbitterung und Abstumpfung führt, hat manchen wirklich treuen Gewerkschafter müde gemacht. Nun gilt es, diese Müdigkeit und Teilnahmslosigkeit zu beheben. Frisch muß der Mut geweckt und gestützt werden, denn gerade die Gleichgültigkeit ist es, die unserer Bewegung schadet.

Wir brauchen mutige und überzeugte Mitkämpfer, insbesondere auch Mitkämpferinnen. Gerade unter den Frauen bedarf es noch sehr vieler Aufklärungsarbeit. Wie kann das geschehen? Das ist eine Frage, die sich jeder Vertrauensmann selbst beantworten muß, indem er ja seine Leute kennt und weiß, wie er sie anzufassen hat. Man kann versuchen, sich in den Pausen zu den Kolleginnen zu setzen, sich mit ihnen über Versammlungen unterhalten. Man fordert sie dadurch heraus, das Gehörte zu überdenken und zu besprechen. Ebenso vorteilhaft erweist sich eine Aussprache über Aufsätze in der Metallarbeiter-Zeitung. Man sieht dabei, wer die Zeitung liest und wer über die Aufsätze nachdenkt. Weiterhin mache man die Kolleginnen auf wertvolle Vorträge aufmerksam, bringe ihnen Broschüren und fordere sie auf, unsere Bildungsabende zu besuchen. Auch die Verteilung von Handzetteln trägt zur Aufklärung bei.

Ferner müssen die sich verheiratenden Kolleginnen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie auch dann, wenn sie infolge der Verheiratung aus dem Betrieb ausscheiden, weiterhin Mitglied der Organisation bleiben können durch den wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. Wollen sie sich den Anspruch auf Invalidenversicherung erhalten, so zahlen sie den Beitrag von 30 Pf. und 10 Pf., also die Woche 40 Pf. Der Wesenskern hierbei liegt darin, daß diese Kolleginnen sich dadurch ihre Mitgliedschaft erhalten, die ihnen ja sonst bei dem Austritt verloren geht.

Erforderlich ist es auch, darauf aufmerksam zu machen, daß laut § 12 Abs. 9 des Statuts im Falle des Todes eines Mitgliedes, das sich Anrecht auf Invalidenunterstützung erworben und diese noch nicht in Anspruch genommen hat, die Unterstützung dann in Höhe des Anspruchs auf 5 Monate den Hinterbliebenen gezahlt wird.

In diesem Sinne sollten unsere Kollegen mehr helfend und aufklärend wirken. Sie haben die Pflicht, die Frauen mehr heranzuziehen und aufzuklären. Etwas Geringschätzung den Frauen gegenüber muß abgelegt werden. Man sollte die Frau nicht mehr als Lohnrückerin betrachten, sondern helfen, sie aufzuklären, damit unsere Forderung: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn endlich Erfüllung findet.

Es gibt so unendlich Arbeit im Betrieb zu leisten. Und ist es nicht gerade diese Kleinarbeit, die da fördert und erzieht, die die Grundlage zur Solidarität legt? Alle Kollegen und Kolleginnen müssen sich daran beteiligen, um das, was in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurde, zu stützen und zu fördern. Ein jeder muß seine ganze Kraft und sein Bestes in den Dienst der Organisation stellen. Denn nur so können wir die Gewerkschaften stützen und die Lage des Proletariats heben.

Grete Kober.

Tariflich festgelegte Akkordsätze dürfen nicht gekürzt werden

Mit einem Rechtsstreit, der für das Tarifgebiet der Metallindustrie in Elberfeld, Mettmann und anderen Orten von weittragender Bedeutung ist, beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht. Der Kläger, der Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist, war bei der Firma Wagner & Englert G. m. b. H. in Mettmann in Stückakkord beschäftigt. In der Woche vom 2. bis 13. Februar 1931 hatte der Kläger seine Akkordarbeit geleistet und er verlangt dafür die festgesetzten Akkordsätze. Die Firma zahlte ihm aber 6 vH weniger.

Der Kläger verlangt mit Recht die Nachzahlung, da kein Grund vorhanden sei, die Akkordsätze zu kürzen. Die Beklagte erklärte, sie sei zum Abzug der 6 vH berechtigt gewesen, weil die Parteien den tariflichen Vereinbarungen für die Metallindustrie im Bezirk Elberfeld unterlagen und durch Vereinbarung vom 18. Dezember 1930 der Rahmentarifvertrag, das Mehrarbeitszeitabkommen und das Lohnabkommen wieder in Kraft gesetzt worden seien, letzteres mit der Maßgabe, daß ab 1. Februar 1931 sämtliche Lohn- und Akkordsätze erfaßt würden. Außerdem habe die Beklagte durch Bekanntmachung vom 16. Dezember 1930 die im Betriebe bezahlten Lohn- und Akkordsätze zum 31. Dezember 1930 gekündigt und am 2. Februar 1931, nachdem weder mit der Betriebsvertretung noch mit der Belegschaft eine Vereinbarung über den Abzug von 6 vH an den Akkordsätzen zu erzielen gewesen sei, bekannt gemacht, daß die Akkordsätze mit Wirkung vom 1. Februar 1931 um 6 vH gekürzt würden.

Das Landesarbeitsgericht in Elberfeld hat zugunsten des Klägers und seiner Organisation entschieden, und zwar mit folgender Begründung:

Für die streitenden Parteien gelten unstreitig die tariflichen Vereinbarungen vom 18. Dezember 1930. Die Entscheidung hängt in erster Linie davon ab, ob diese tarifliche Vereinbarung auch die Akkordsätze um 6 vH gesenkt hat oder nicht. Bei dem Kläger dürfte eine Senkung der Akkordsätze nicht vorgenommen worden. Wenn die Beklagte dem Kläger die bisherigen Akkordsätze nicht weiterzahlen wollte, so hätte sie ihn kündigen müssen. Das hat sie aber nicht getan, sondern den Kläger weiterbeschäftigt, ohne daß dieser sich stillschweigend den niedrigen, von der Beklagten einseitig festgelegten Akkordsätzen unterwerfen hätte. Gesetzliche Betriebsvertretung und Belegschaftsversammlung hatten der Herabsetzung der Akkordsätze um 6 vH widersprochen. Damit war genügend klar, daß die Fortsetzung der Arbeit über die Kündigungszeit hinaus vom Standpunkt der Arbeiterschaft nur zu den alten Akkordsätzen erfolgen sollte, was die Beklagte nicht verkannt hat. Hiernach mußte die Beklagte die Folgerung aus der Kündigung des Arbeitsvertrages ziehen und durfte nicht einseitig den Lohn durch Herabsetzung der bisher bestehenden Akkordsätze senken. Sie durfte das ebensowenig, wie sie einseitig einen Stundenlohn hätte senken können, auch wenn es tariflich nicht festgelegt war. Ob Stundenlohn oder Akkordlohn ist recht unerheblich, denn auf dem Akkordsatz beruht ebenfalls unmittelbar die Höhe des Verdienstes des Arbeitnehmers, und der Verdienst aus dem Lohn ist für den Arbeitnehmer der wesentliche Teil des Arbeitsvertrages. Wenn die Beklagte den

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 1. November, ist der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. November 1931 fällig.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt. Der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Biberach: Der Elektromonteur Ludwig Jansen, geb. am 24. August 1905 zu Sulz i. Els., Mitgliedsbuch Nr. 6983 124, wegen Denunziation.
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle Braunschweig: Die Arbeiterin Agnes Bahrt, geb. am 6. Mai 1903 zu Braunschweig, Mitgliedsbuch Nr. 6718 398, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6482 675, lautend auf den Schlosser Heinrich Meier, geb. am 12. Juli 1911 zu Wolfenbüttel (Braunschweig).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Radeberg in Sachsen. Als Geschäftsführer wurde Kollege Richard Heinze, Radeberg, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank!

Rottenburg am Neckar (Bezirk Stuttgart). Schwäbisch Gmünd, Leutkirch, Worms und Offenburg: In vorstehenden Verwaltungen wird keine Lokalunterstützung gezahlt.

Kläger trotz der Kündigung weiter beschäftigte, mußte sie hier nach, weil eine neue Vereinbarung über die abgeänderten Akkordsätze nicht zustande gekommen war, nach den alten Sätzen bezahlen.

Gegen dieses Urteil kämpfte die Beklagte mit der Revision an und verlangte Aufhebung und Abweisung der Klage.

Der Vertreter des Klägers und des DMV, der Rechtsanwalt Dr. Neumann (Berlin), wandte sich scharf gegen die Revisionsbegründung der Beklagten. Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision zurück und legte der Beklagten die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreits auf. (RAG 286/31.)

Robert Heine †

Unerwartet ist Robert Heine, der seit nahezu zwanzig Jahren als unser Bezirkssekretär in Halle tätig war, gestorben.

Man kann mit Recht sagen, mit ihm ist einer unserer Besten dahingegangen. Noch im Mai feierte er gesund und humorvoll seinen 60. Geburtstag und am 1. Oktober sein 25jähriges Jubiläum als unser Angestellter.

Robert Heine lernte schon in seiner Kindheit die Sorgen des Lebens kennen, und seine späteren Lehrjahre als Schmiebzählender auch nicht zu seiner besten Zeit. Aber schon als Jüngling erkannte er, daß der Zusammenschluß der arbeitenden Klasse nicht nur eine Notwendigkeit, sondern eine Selbstverständlichkeit war. Oft hat er wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit seine Arbeitsstelle verloren und sehr große wirtschaftliche Nachteile mit seiner Lebensgefährtin erfahren. Trotzdem verlor er niemals den Mut und schaffte eifrig politisch wie gewerkschaftlich. Von 1906 bis 1912 war er Gauleiter des Schmiedeverbandes, bei dessen Übertritt zum DMV wurde er Sekretär des Bezirks Halle.

Ob bei Verhandlungen oder in Versammlungen, stets wurde das, was Robert Heine als richtig bezeichnete, beschlossen, und seine Auffassung hat sich immer vorteilhaft für unsern Verband ausgewirkt. Nun ist er auf immer dahingegangen. Was er für die Arbeiterschaft und für unseren Verband getan hat, das wissen nur die zu schätzen, die dauernd mit ihm in Verbindung standen.

Mit seiner Gattin und seinem Sohne beklagen wir den Verlust des lieben Menschen und wackeren Kameraden. Wenn Robert Heine auch tot ist, er wird bei uns lange weiterleben durch seine Tätigkeit für uns und unsere Sache.

Johannes Sassenbach 65 Jahre

Als Johannes Sassenbach vor einiger Zeit von der Redaktion des Internationalen Handwörterbuches des Gewerkschaftswesens, dessen Mitherausgeber er ist, um kurze autobiographische Notizen angegangen wurde, schrieb er in lakonischer Kürze: Geboren 1866 im Bergischen Land, Nacheinander und nebeneinander: Sattlerlehrling, Sattlergeselle, Handwerksbursche, Geschäftsführer einer Produktionsgenossenschaft von Militärsattlern, Vorsitzender des Sattlerverbandes, Internationaler Sekretär der Sattler, Geschäftsführer der Gewerkschaftshaus G. m. b. H., Berlin, Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Verlagsbuchhändler, Vorsitzender des 1. sozialistischen Akademiker-Kongresses, Reichstagskandidat in Kyritz, Stadtverordneter und Stadtrat in Berlin, Vorsitzender der Volkshochschule Groß-Berlin, Sozialattaché an der deutschen Gesandtschaft in Rom, Sekretär, später Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Dies alles und noch einiges mehr, nebeneinander und nacheinander, im Verlauf einer mehr als 45jährigen öffentlichen Wirksamkeit! Er war auch ein eifriger und gewissenhafter Sammler, insbesondere der gewerkschaftlichen Literatur. Seine große Bibliothek hat er dem Berliner Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Zeit vom Ortsausschuß des ADGB neu geordnet und soll als Studienbibliothek der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Auf welchem Gebiete auch immer Sassenbach sich betätigte, im Mittelpunkt stand stets die Gewerkschaftsbewegung. Sie war und blieb der Mutterboden, in dem seine Persönlichkeit zutiefst verwurzelt war. 1923 wurde er zum Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt. Der Stockholmer Gewerkschaftskongreß entließ ihn auf seinen dringenden Wunsch aus dem hauptamtlichen Gewerkschaftsdienst. Johannes Sassenbach lebt jetzt in Frankfurt a. M. Am 12. Oktober vollendete er das 65. Lebensjahr. Wir grüßen den alten Freund und Mitkämpfer! Seine noch frische und ungebrochene Arbeitskraft läßt uns annehmen, daß er der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung noch viele Jahre erhalten bleibt.

Das Stratosphärenflugzeug fliegt

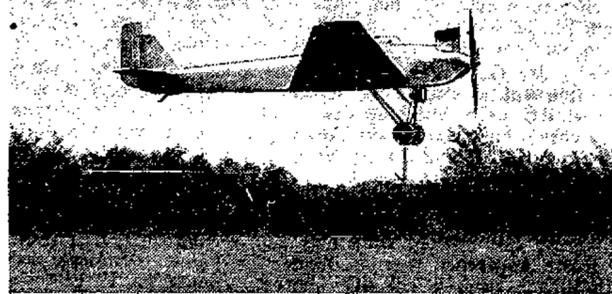
Die ganze zivilisierte Welt hatte Professor Piccards Aufstieg in die Stratosphäre mit allergrößter Anteilnahme verfolgt; galt dieser Forschungsflug, bei dem die Grenzen zwischen Sensation und ernster Arbeit sehr verschwommen waren, doch der Erkundung bis dahin unbekannter Höhen. Sollten doch aus diesen wissenschaftlichen Beobachtungen Schlüsse gezogen werden, die geeignet waren, das ganze Denken über große Geistesgebiete umzuwerfen und Vermutungen, die bis dahin ziemlich dehnbar waren, wissenschaftlich zu begründen und zu festigen. Alle diese großen Hoffnungen hat Professor Piccards Flug nicht erfüllt, konnte sie, vom Standpunkt des Fachmannes aus gesehen, gar nicht erfüllen. Denn dazu gehören andere Vorbereitungen, mehrere Aufstiege und vor allem erprobte Luftfahrer und — völlig erprobtes Fluggerät. Alles dies traf aber bei Piccard nicht zu, deshalb war sein Unternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt und es ist nur besonderen Glücksumständen zuzuschreiben, daß hierbei Menschenleben nicht zu beklagen waren. Piccard selber ist kein erfahrener Ballonführer, da der Aufstieg in die Stratosphäre erst sein — dreizehnter Ballonaufstieg überhaupt war, sein Begleiter war noch niemals geflogen. Der Ballon, von der Augsburger Ballonfabrik August Riedinger nach Plänen Piccards gebaut, war überhaupt nicht ausprobiert, sondern bestritt ebenfalls seinen Jungfernflug, nachdem er Monate zuvor nicht zum Aufstieg gebracht werden konnte.

Eine Ballonfahrt in die Stratosphäre erfordert bei der Reichhaltigkeit der gestellten Aufgaben und dem schnellen Situationswechsel unbedingt erprobte Flieger und erprobtes Gerät, soll der wissenschaftliche Wert derartiger Unternehmen ein ernsthafter sein. Nur ein völlig sicherer, erprobter Führer kann dabei überhaupt wissenschaftliche Beobachtungen von Wert anstellen, ein anderer hat vollauf zu tun, daß er mit dem Fluggerät fertig wird und kann an wissenschaftliche Arbeiten gar nicht denken, noch hat er die Zeit dazu bei einem unausprobierten Fluggerät.

Diese Erwägungen waren mitbestimmend dafür, daß der Bau und die Vorbereitungen zu dem neuen deutschen Stratosphärenflugzeug ziemlich geheim erfolgten. Man wollte nach dem Piccardschen Fehlschlag nicht durch vorzeitiges Bekanntwerden in der Öffentlichkeit falsche Hoffnungen und Vorstellungen erwecken, die vom Erbauer und den Ausführenden niemals beabsichtigt waren. Allerdings bemühten sich die Sensationspresse dennoch dieses beliebten Gegenstandes und schlachtete die Sache über Gebühr aus, wobei Wahrheit nicht immer von Dichtung zu unterscheiden war.

Das neue deutsche Stratosphärenflugzeug wurde von den Junkers-Werken im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Notgemeinschaft für Luftfahrt gebaut. Dieses Höhenflugzeug trägt die Typenbezeichnung Ju. 49 und ist ein Ganzmetalleindecker in der bekannten Junkersbauweise. Auf den ersten Blick unterscheidet er sich in nichts von den bekannten Flugzeugtypen, nur sein hochbeiniges Fahrgestell, sein schlanker Rumpf und die verhältnismäßig großen Flügel fallen auf. Dem Fachmann jedoch fallen verschiedene konstruktive Sondermaßnahmen auf, die erst in langer Versuchsreihe bis zur Betriebsreife entwickelt werden können. Auch der Laie entdeckt

bei näherer Beobachtung einzelne Absonderlichkeiten, so die Bullaugen des luftdicht abgeschlossenen Flugzeugführerraumes und den merkwürdigen Motorenaufsatz, der einem Schornstein ähnelt. Die Kammer für zwei Mann Besatzung (Flugzeugführer und Wissenschaftler) ist gerade so groß gehalten, daß beide mit ihren Instrumenten darin Platz haben. Das richtige Funktionieren der für das Arbeiten in großen Höhen notwendigen neuen Organe, wie Druckhaltung der Kammer, druckdichte Durchführungen der Betätigungsorgane für Steuerung und Triebwerk durch die Kammerwände ferner die Einrichtungen zur Schaffung ausreichender Sicht aus der geschlossenen Kammer usw., wird fortschreitend in den verschiedenen Höhengestiegen solange praktisch erprobt, bis ausreichende Betriebssicherheit erreicht ist, die die erste Vorbedingung zu einem reibungslosen Versuch ist. Erst wenn die Erprobungsflüge in dieses Stadium gekommen sind, wird das Schleudergebläse für den 800 PS



Das neue Junkers-Stratosphärenflugzeug bei seinem ersten Probeflug kurz vor der Landung

Junkers-Motor eingebaut; erst mittels dieser Spezialausrüstung können längere Flüge in großer Höhe betriebssicher ausgeführt werden.

Der erste Probeflug des neuen Stratosphärenflugzeuges, den unser Bild festhält, geschah daher in der Absicht, nur die Flugeigenschaften dieser Neukonstruktion festzustellen, wozu selbstverständlich noch weit mehr Flüge als dieser eine erforderlich sind. Immerhin lieferte dieser Erstlingsflug den Beweis guter fliegerischer Eigenschaften des deutschen Höhenflugzeuges. Weitere werden folgen, ehe an den Einbau der Spezialeinrichtungen gedacht werden kann.

So bietet dieses Unternehmen das gerade Gegenteil von dem Piccardschen, denn hier vereinigt sich zähe wissenschaftliche Forschungsarbeit mit systematischer Ausbildung schon vorhandener technischer Ergebnisse zur Schaffung eines neuen wissenschaftlichen Instruments, das berufen ist, das auszuführen, was Piccard mißlang — die Erforschung der Stratosphäre. W. HANUSCHKE.

gefügte Reservesicherung ersetzt. Sollte die Reservesicherung nicht mehr auffindbar sein, so können wir die Sicherung provisorisch mit einem dünnen, blanken Kupferdrähtchen überbrücken. Hat man nach dem Ersetzen dieser Gerätesicherung immer noch keinen Erfolg, so reißt einem der Geduldssaden (oder wie man in Württemberg sagt, man wird „narret“).

Wir prüfen als nächstes die Röhren durch. Zu diesem Zweck werden sie aus dem Röhrensockel herausgezogen (merken, wie die einzelnen Röhren gewessen sind). Im allgemeinen hat einer der am Anfang erwähnten Ortsempfänger folgende Röhrentypen: RE 1004, REN 1104 und RE 134. Wir verpacken die Empfangs- und Gleichrichterröhren sorgfältig und gehen zu einem Freunde, der zufällig das gleiche Gerät besitzt, und probieren die Röhren genau auf ihre Leistung aus. Selbstverständlich können die Röhren auch zu Hause ausprobiert werden, wenn es nicht an Präzisionsmeßinstrumenten fehlt. Bei unserem Freunde angekommen, zeichnen wir als erstes unsere eigenen Röhren mit einem Stückchen Markenpapier. Wir wechseln nun die Gleichrichterröhren aus. Hat sich nun der Empfang plötzlich sehr verschlechtert, so ist es am zweckmäßigsten, sich eine neue Gleichrichterröhre anzuschaffen, denn gerade diese Röhre kann einem viel zu schaffen machen. Nun probieren wir noch unsere übrigen Empfangsröhren aus. Wird dabei nichts Besonderes in der Lautstärke. Reinheit usw. festgestellt, dann können diese Röhren auch weiterhin benutzt werden.

Haben wir nun immer noch keinen Empfang, so kommen zur noch zwei Hauptfehlerquellen in Betracht, und zwar Durchschlag eines Blockkondensators oder aber Leitungsbruch. Um einen Blockkondensator auf Kurzschluß prüfen zu können, benötigen wir eine Taschenlampenbatterie und ein einfaches Universalmeßinstrument (Preis eines solchen Instrumentes 12,60 M). Taschenlampenbatterie und Meßinstrument werden hintereinander geschaltet, das heißt an den einen Pol der Taschenlampenbatterie schlingen wir ein blankgeschabtes Stück Kupferlitze um die Messingfahne herum. Die Litze soll 1 m lang und gut isoliert sein. Nun stellen wir die Verbindung zwischen der anderen Messingfahne und dem Meßinstrument her (Anschlußklemmen am Universalinstrument nicht verwechseln, kleinster Spannungsbereich [6 Volt] anklammern). Die andere Voltmeterklemme wird nur mit einem freihängenden Stück Litze verbunden. Zum Schluß werden die Enden der beiden Litzen noch abisoliert, blankgeschabt und fest zusammengedrückt. Es ist von Vorteil, diese Enden noch unter Verwendung von säurefreiem Lötmaterial zu verlöten. Damit haben wir uns die einfachste Prüfeinrichtung selbst hergestellt. Wir prüfen nun die Blockkondensatoren, Spulen usw. auf Bruch und Schluß durch und stoßen dann sicher auf den Fehler.

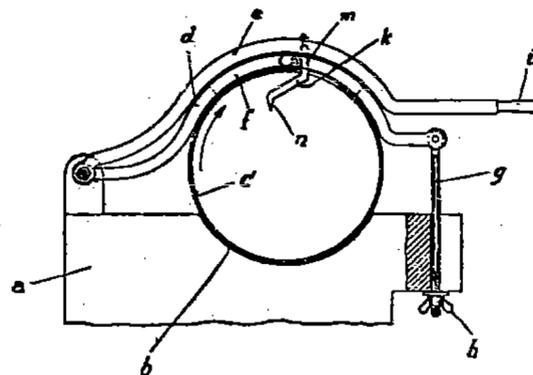
Es sollen nun in folgendem noch einige Anhaltspunkte für die Prüfung von Einzelteilen gegeben werden. Bei der Prüfung der Einzelteile soll nicht nur der Hauptauschalter ausgeschaltet sein, sondern der Lichtstecker des Netzanschlusses muß aus der Steckdose entfernt werden, ferner sind die Gleichrichterröhre sowie die Empfangsröhren aus den Lampenbuchsen zu ziehen. Antenne und Erde werden von dem Empfänger getrennt. Halten wir die Enden der Prüfeinrichtung zusammen, so können wir beobachten, daß unser Meßinstrument die Klemmenspannung der Taschenlampenbatterie anzeigt, bei einer Normalbatterie 4,5 Volt. Prüfen wir eine Empfangsspule, so können wir einen etwas kleineren Ausschlag feststellen, da der Widerstand der Spule die Spannung drosselt. Je mehr Windungen darauf sind und je dünner der Draht ist, desto kleiner muß auch der sichtbare Ausschlag an der Prüfeinrichtung sein. Beim Prüfen eines Blockkondensators darf kein Ausschlag sichtbar werden. Können wir jedoch einen, und wäre er noch so klein, feststellen, so liegt Kurzschluß vor. Der Blockkondensator muß durch einen neuen, fehlerfreien ersetzt werden.

Mit der vorstehend beschriebenen Prüfeinrichtung können sämtliche Einzelteile eines Gerätes auf Schluß, Unterbrechung usw. geprüft werden. Einen Leitungsbruch können wir jedoch ohne Instrument auch feststellen durch leichtes Bewegen der Drähte. Max Moser

Neue Vorrichtung zum Schneiden von Ofenrohren

Beim Schneiden von Rohren aus verhältnismäßig dünnen Blechen, zum Beispiel Ofenrohren, bedient man sich in der Regel besonderer Handscheren oder Sägen, mit denen das Arbeiten anstrengend und zeitraubend ist. Eine neue einfache Vorrichtung erleichtert diese Arbeit wesentlich und zeichnet sich besonders durch die Schnelligkeit und Genauigkeit aus, mit der die Blechrohre geschnitten werden. Bei dieser Vorrichtung wird das Rohr gegen ein Widerlager abgestützt und zum Schneiden ein Messer benutzt, das an dem Widerlager vorbei in das Rohr eingreift und in der Richtung von innen nach außen das Blech zerschneidet. Hierbei ist es von Vorteil, wenn das Rohr mit geringem Spiel zwischen zwei Widerlagern angeordnet wird, so daß es beim Schneiden mit einer Hand leicht gedreht werden kann.

Ein Ausführungsbeispiel der neuen Vorrichtung (DRP 476 950) ist in unserer Abbildung dargestellt. Eine Grundplatte a weist eine Höhlung b zum Einlegen des Rohres c auf und trägt zwei



übereinander gelagerte Hebel d und e. Der untere dieser beiden Hebel enthält einen Schlitz f und ist an seinem Ende mit einem ausschwenkbaren Schraubenbolzen g verbunden, der in einen Schlitz der Grundplatte eingeführt und mittels der Flügelmutter h befestigt werden kann. Der mit einem Handgriff i versehene obere Hebel trägt das Messer k, das einen so langen Schaft besitzt, daß es durch den Schlitz des unteren Hebels in das Rohr eingeführt werden kann. Die Einführung des Messers in das Rohr vor Beginn des Schneidens wird durch den Dorn n ermöglicht. Beim Schneiden braucht man nur den oberen, das Messer tragenden Hebel anzuheben, wobei das Messer einen schmalen Blechstreifen aus dem Rohr heraus-schneidet; durch Auf- und Niederbewegung des Hebels unter gleichzeitigem, absatzweisem Drehen des Rohres läßt sich dieses sehr rasch und sauber durchschneiden.

Hinsichtlich der Anordnung der Vorrichtung ist übrigens verschiedenes möglich. So kann man zum Beispiel das geschlitzte Widerlager und den Messerhebel auch unten oder seitlich anordnen. Ferner kann man das Widerlager fest ausführen und die Unterlage, auf der das Rohr beim Schneiden ruht, beweglich machen. Schließlich kann das zu schneidende Rohr auch auf einem geschlitzten Widerlager aufgelagert, der mit Messer versehene Hebel unten angebracht und das Rohr von einem einstellbaren Widerlager überdeckt werden. G. Hth.

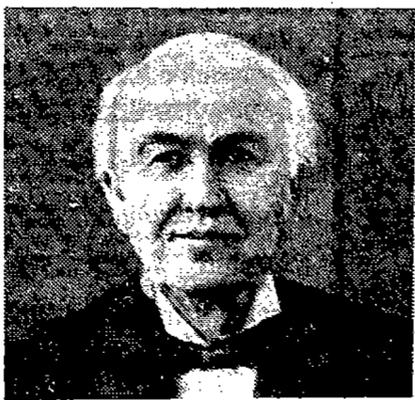
Thomas Edison †

Der erfolgreichste Erfinder aller Zeiten, Thomas Alva Edison, ist am 18. Oktober im Alter von 84 Jahren gestorben. Damit hat einer der stillen und dennoch bedeutsamen Wohl-täter der Menschheit seine Augen für immer geschlossen. Edison ist einer der wenigen großen Menschen, die schon bei Lebzeiten in allen Erdteilen berühmt geworden sind. Er hat seine Erfindungen zu erdumspannenden Erfolgen sich entwickeln sehen. Unter den annähernd 1000 Erfindungen, die dieser Mensch in seinem Laboratorium ausgetüftelt hat, sind einige, die erst den Kulturstand der Menschheit von heute ermöglicht haben. Er war ein Pionier der Technik wie selten einer vor und nach seinem Tode. Und wenn der Vorschlag des Schriftstellers Emil Ludwig zur Anwendung kommt, als Ehrung für Edison auf der ganzen Welt eine Minute das elektrische Licht auszuschalten, so wäre dies die beste Ehrung für diese außerordentlichen Leistungen.

Edison wurde geboren als der Sohn eines holländischen Müllers. Er war schon von Kindheit an auf sich selbst angewiesen. Seine Mutter war eine Schottin, die den Werdegang des Jungen früh beeinflusst hat. Er war schon früh berufstätig und begann schon mit 16 Jahren in einem privaten Laboratorium an der Lösung technischer Probleme zu arbeiten. Neben seinen Erfindungen auf dem Gebiete der Telegrafie hat er vor allem zwei große Erfindungen gemacht: die Glühlampe und den Phonographen.

Zwar haben auch andere an der Erfindung der Glühlampe gearbeitet, aber sie vor jetzt 22 Jahren zur industriellen Massenherstellung vorbereitet zu haben, ist Edisons Verdienst. Und wenn heute der Erdball von der menschlichen Stimme umspannt werden kann, wenn der Tonfilm und die Sprechmaschine so außerordentliche Fortschritte zu verzeichnen haben, so haben wir dies dem Manne zu verdanken, der am 18. Oktober zur großen Arnee übergegangen ist. — Der Name Edison war ein Begriff. Wenn die Vereinigten Staaten das erste Industrieland der Welt sind, so hat Edison dazu zu einem großen Teil die Vorbedingungen geliefert. Auch deutsche Unternehmer, wie Rathenau, Bergmann und Schuckert, haben mit Edison zusammengearbeitet und Anregungen von ihm empfangen. Sie haben zurückgekehrt in die Heimat, die Erfindungen Edisons industriell auszuwerten versucht.

Edison ist als Erfinder gestorben. Er war nie Unternehmer, sondern hat anderen die industrielle Ausbeutung seiner Erfindungen überlassen. Sein Freund Henry Ford, der seine Erfindungen in einem Museum der Nachwelt übermitteln hat, sagte von ihm, daß er nie ein Praktiker des Geldes gewesen sei. Von finanziellen Dingen und den Methoden eines Unternehmers verstand er sehr wenig. Nach seiner Anschauung sollte Erfinden ein Dienst an der Menschheit sein. Die ganze Menschheit sollte dadurch nicht nur glücklicher, sondern auch auf eine höhere kulturelle Stufe gehoben werden. Deshalb kann dieser einzigartige Mensch auch in den Herzen der Arbeiterschaft aller Länder fortleben. Er hat mit dazu beigetragen, daß das Brot schneller wächst als die Menschen, und die Menschheit wahrhaft glücklich sein könnte, wenn sie sich von der Tyrannei befreien würde, daß der Überfluß an menschlichen Gütern seine eigenen Schöpfer verarmen läßt.



Wenn wir keinen Empfang haben

Wo kann der Fehler stecken?

Was tun Sie, wenn Ihr Wechselstrom-Netzanschlussem Empfänger plötzlich aussetzt? Rennen Sie an das Telefon, oder — machen Sie die Reparatur selbst? Hier eine kleine Anleitung zur Beseitigung von Fehlern, die bei den vorgenannten Empfängern eintreten können.

Setzt der Rundfunkempfang plötzlich aus, so sehen wir als erstes die Antenne nach; denn sehr oft liegt der Fehler am Antennenumschalter, da er in vielen Fällen den Witterungseinflüssen ungeschützt ausgesetzt ist. Es kann sich an den Kontaktstellen Oxyd gebildet haben trotz sehr starker Verzinnung der Einzelteile, denn die Kontaktstellen sind infolge des Umschaltens von der Verzinnung im Laufe der Zeit befreit worden. Wir können aus vorstehendem ersehen, daß auch ein Antennenumschalter gepflegt werden muß. Also in Zukunft den Oxyd an den Kontaktstellen von Zeit zu Zeit sorgfältig entfernen. Es ist für die Haltbarkeit dieser Stellen von Vorteil, wenn sie sofort nach der Reinigung mit Tinopaste neu verzinkt werden.

Haben wir keinen Empfang, so sehen wir als nächstes die Steckdose nach, in die die Zuführungslitze eingesteckt wird. Nicht mit den Fingern probieren, sondern mit einer Lampe, etwa einer Probierlampe, wie sie der Elektromonteur zu diesem Zweck benutzt. Ist keine vorhanden, so genügt auch ein anderes elektrisches Hilfsgerät. Sollte eine der beiden eingesetzten Sicherungslamellen defekt sein, so wird sie sofort durch eine neue ersetzt. Ist die Steckdose gut und noch kein Empfang da, so stehen wir den Stecker und die Litze, die den Strom dem Empfänger zuführt, auch nach. Vielleicht hat sich im Stecker eine Ader der Zuführungslitze gelockert (Wackelkontakt) oder gelöst (Unterbrechung). Hier genau nachsehen, Stecker öffnen und auseinandernehmen.

Dann sehen wir die „Apparateerde“ nach. Es kann an dieser Leitung nur am Stecker der Fehler liegen, vielleicht ist auch die Litze gebrochen. Wir sehen aber auch die Erdschelle nach. Im Stecker kann sich die Litze gelockert oder gelöst haben, oder die Litze hat Unterbrechung. Die Unterbrecherstelle ist in vielen Fällen nicht sichtbar, deshalb tasten wir die Erdleitungslitze (das Stück, das freihängt) bei eingeschaltetem Empfänger ab. Liegt es nun an der Litze, so bekommen wir beim Abtasten einer gewissen Stelle Empfang. Das defekte Stückchen wird sofort, nachdem der Empfänger wieder abgeschaltet ist, herausgeschnitten. Die nun entstehenden Enden werden blankgeschabt und wieder fest zusammengedrückt und mit Tinopaste verlötet. Zum Isolieren sei Isolierschlauch empfohlen, der nur darübergeschoben wird. Diese Art von Isolieren hat den Vorteil, daß die Verbindungsstelle jederzeit ohne Mühe auf Bruch untersucht werden kann.

Nun zur Erdschelle. Ist sie etwa durch Erschütterung (Fahrzeuge) gelockert worden, so wird die Klemmschraube fest angezogen. Hat sich jedoch Oxyd oder Schmutz angesammelt, so muß die Erdschelle entfernt werden. Die Stelle, auf der sie sitzt, wird dann mit einem Schaber oder einer Feile blank gemacht; dasselbe gilt natürlich auch für die Erdschelle. Ist diese zu stark von Oxyd angegriffen, dann wird am besten eine neue angeschafft. Es ist nun von großem Vorteil, wenn zwischen dem Wasserrohr und der Erdschelle eine Staniol- oder Bleieinlage eingesetzt wird, da dadurch der Kontakt inniger ist und die Kontaktstelle länger blank bleibt.

Haben wir nun immer noch keinen Empfang, so müssen wir zur Kontrolle des Empfängergerätes übergehen. Wir nehmen zu diesem Zweck die Empfängerchassis aus dem Gehäuse heraus, nachdem die zwei bis vier Halteschrauben gelöst sind. Es fällt nun als erstes der Netztransformator auf. Neben ihm sitzt die Apparatesicherung, die vier Hauptformen hat: entweder in Röhrenform (Glasröhren), oder in Blattform (gewöhnliche Sicherungslamelle), oder in einer Miniaturschraubensicherung, oder aber es ist ein kleines Taschenlampenbrennchen. Diese Sicherung wird entfernt und durch die jedem Gerät bei-

